

WPS Blaues Kamel Berlin

Bereich Arbeitsmarkt

1. Viele Unternehmen in Berlin zögern, Menschen mit Behinderung einzustellen. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Unternehmen unterstützen, mehr Menschen mit Behinderung einzustellen? Was planen Sie, um Barrieren im Arbeitsleben abzubauen?

Menschen mit Behinderung müssen die gleichen Chancen auf Arbeit haben wie alle anderen. Noch immer gibt es viele Hindernisse, sowohl beim Zugang zum Arbeitsmarkt als auch im Arbeitsalltag. Das wollen wir ändern. Wir wollen, dass Unternehmen besser dabei unterstützt werden, Arbeitsplätze barrierefrei zu gestalten und Menschen mit Behinderung einzustellen. Gleichzeitig müssen bestehende Fördermöglichkeiten einfacher und unbürokratischer werden. Gerade kleinere Unternehmen brauchen Beratung und Unterstützung, damit Inklusion im Arbeitsalltag gelingt. Nicht die Behinderung ist das Problem, sondern oft die fehlenden Rahmenbedingungen. Deshalb setzen wir uns für den Abbau von Barrieren ein, am Arbeitsplatz, in Behörden und bei der Ausbildung. Menschen mit Behinderung sollen selbst entscheiden können, wie und wo sie arbeiten möchten. Dafür braucht es gleiche Chancen, eine gute Begleitung und einen Arbeitsmarkt, der niemanden ausschließt.

2. Viele Menschen mit Behinderung arbeiten in Werkstätten. Sie bekommen dort wenig Geld. Es ist schwer für sie, eine andere Arbeit zu finden. Was wollen Sie tun, damit mehr Menschen mit Behinderung Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bekommen? Wie wollen Sie helfen, dass Werkstätten die Menschen besser beim Wechsel unterstützen?

Werkstätten leisten für viele Menschen mit Behinderung wichtige Arbeit. Gleichzeitig darf eine Beschäftigung in einer Werkstatt keine Sackgasse sein. Wer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten möchte, muss dabei besser unterstützt werden. Wir wollen mehr Übergänge in reguläre Beschäftigung schaffen. Dafür brauchen Menschen mit Behinderung eine gute Beratung, individuelle Begleitung und Arbeitgeber, die bereit sind, diese Chance zu nutzen. Bestehende Förderangebote müssen einfacher und unbürokratischer werden. Auch die Werkstätten sollen beim Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt stärker unterstützt werden. Ihr Auftrag darf sich nicht nur auf die Betreuung beschränken. Sie müssen Menschen dabei begleiten, eine passende Beschäftigung außerhalb der Werkstatt zu finden und den Wechsel erfolgreich zu gestalten. Jeder, der arbeiten möchte, soll die Möglichkeit haben, einen Platz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden.

Bereich Teilhabe

3. In Berlin fehlen vielerorts pädagogische und pflegerische Fachkräfte, sodass Unterstützung und Teilhabe darunter leiden. Was tut Ihre Partei konkret, damit mehr Menschen den Beruf der Heilerziehungspflege erlernen wollen?

Ohne gut ausgebildete Fachkräfte kann Teilhabe nicht gelingen. Deshalb muss der Beruf der Heilerziehungspflege attraktiver werden. Dazu gehören gute Ausbildungsbedingungen, eine faire Bezahlung und Arbeitsplätze, an denen Fachkräfte dauerhaft bleiben möchten. Viele Beschäftigte verlassen ihren Beruf, weil die Belastung zu hoch ist. Das können wir uns nicht leisten. Außerdem müssen Ausbildung und Beruf besser bekannt gemacht werden. Viele junge Menschen wissen gar nicht, wie wichtig und vielseitig die Heilerziehungspflege ist. Hier braucht es mehr Information und eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, Ausbildungseinrichtungen und Trägern. Wer Menschen mit Behinderung begleitet und unterstützt, übernimmt eine verantwortungsvolle

Aufgabe. Diese Arbeit verdient mehr Anerkennung und bessere Rahmenbedingungen. Davon profitieren die Beschäftigten ebenso wie die Menschen, die auf ihre Unterstützung angewiesen sind.

4. Menschen mit Behinderung haben ein Recht. Sie dürfen selbst entscheiden, wie und wo sie leben. Was planen Sie, damit Menschen mit Behinderung in Berlin wirklich selbst entscheiden können, wie sie leben und welche Unterstützung sie bekommen?

Menschen mit Behinderung sollen selbst entscheiden können, wie sie leben möchten. Dieses Recht muss im Alltag auch wirklich umgesetzt werden. Viele Menschen stoßen noch immer auf Hindernisse, weil passende Unterstützung fehlt oder Angebote nicht ausreichend vorhanden sind. Das wollen wir ändern. Unterstützung muss sich am Bedarf der Menschen orientieren und nicht daran, was gerade verfügbar ist. Dazu gehören wohnortnahe Beratungsangebote, barrierefreie Zugänge zu Behörden und Leistungen sowie Hilfen, die einfach erreichbar sind. Entscheidungen dürfen nicht unnötig durch komplizierte Verfahren oder lange Wartezeiten erschwert werden. Für uns ist wichtig, dass Menschen mit Behinderung selbst über ihr Leben entscheiden können. Politik muss die Voraussetzungen dafür schaffen, mit verlässlichen Angeboten, weniger Bürokratie und einer Unterstützung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Bereich Bürokratieabbau und beschleunigte Verfahren

5. In Berlin dauern Verwaltungsverfahren oft lange und sind für viele Menschen schwer verständlich. Frage: Was wollen Sie konkret tun, um Anträge, Genehmigungen und Verwaltungsprozesse einfacher und schneller zu machen?

Viele Menschen erleben Behörden als kompliziert, langsam und schwer verständlich. Das kostet Zeit, Nerven und führt oft dazu, dass notwendige Unterstützung zu spät ankommt. Das muss sich ändern. Verwaltungsverfahren müssen einfacher, schneller und nachvollziehbarer werden. Anträge sollten verständlich formuliert sein und möglichst ohne unnötigen Aufwand gestellt werden können. Wo es sinnvoll ist, sollen digitale Angebote genutzt werden. Gleichzeitig muss es persönliche Beratung für Menschen geben, die diese benötigen. Auch die Verwaltungen selbst brauchen bessere Rahmenbedingungen. Ausreichend Personal, klare Zuständigkeiten und moderne Arbeitsabläufe sind die Voraussetzung dafür, dass Anträge zügig bearbeitet werden. Der Staat muss für die Menschen da sein und nicht umgekehrt. Wer Unterstützung beantragt, darf nicht an unnötiger Bürokratie oder langen Bearbeitungszeiten scheitern.

6. Träger sozialer Einrichtungen in Berlin berichten von hohem bürokratischem Aufwand bei Förderanträgen und Abrechnungen. Frage: Welche Maßnahmen planen Sie, um soziale Organisationen spürbar zu entlasten?

Soziale Träger sollen ihre Zeit für die Menschen einsetzen können – nicht für immer neue Formulare und Nachweise. Heute bindet Bürokratie oft Personal, das an anderer Stelle dringend gebraucht wird.

Deshalb wollen wir Förderverfahren einfacher und transparenter machen. Anträge und Abrechnungen müssen verständlich sein und auf das notwendige Maß begrenzt werden. Doppelprüfungen und unnötige Nachweispflichten sollten vermieden werden. Außerdem braucht es verlässliche Förderstrukturen. Soziale Einrichtungen müssen planen können und dürfen nicht ständig neue Anträge für die gleichen Aufgaben stellen müssen. Wer soziale Arbeit leistet, braucht einen Staat, der unterstützt und nicht zusätzlich belastet.

Bereich Wohnen

7. In Berlin gibt es zu wenig bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, weshalb politische Lösungen dringend erforderlich sind. Was tun Sie, damit es mehr bezahlbare Wohnungen ohne Barrieren gibt?

Bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum ist in Berlin Mangelware. Das trifft Menschen mit Behinderung besonders hart. Wer eine passende Wohnung sucht, wartet oft viel zu lange oder findet gar kein Angebot. Wir wollen den Bau bezahlbarer Wohnungen deutlich voranbringen. Dabei muss Barrierefreiheit von Anfang an mitgedacht werden und darf nicht die Ausnahme sein. Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften und geförderter Wohnungsbau haben dabei eine besondere Verantwortung. Außerdem müssen bestehende Wohnungen leichter barrierefrei umgebaut werden können. Dafür braucht es weniger Bürokratie und eine bessere Förderung.

8. Gerade in Berlin betrifft die Wohnungsfrage nicht nur den Neubau, sondern auch den Schutz bestehender Mietverhältnisse – besonders für Menschen mit geringem Einkommen oder Unterstützungsbedarf. Was tun Sie konkret, um steigende Mieten zu begrenzen und Verdrängung zu verhindern?

Viele Menschen in Berlin haben zurecht Angst, ihre Wohnung zu verlieren, weil die Mieten immer weiter steigen. Besonders betroffen sind Menschen mit geringem Einkommen, ältere Menschen und Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Wohnen wieder bezahlbar wird und nicht zum Luxus wird. Dazu gehört, den Bestand an bezahlbaren Wohnungen zu sichern und Mieterinnen und Mieter besser vor Verdrängung zu schützen. Wir brauchen mehr Kontrolle dort, wo Mieten durch spekulative Entwicklungen oder übermäßige Preissteigerungen in die Höhe getrieben werden. Gleichzeitig müssen die landeseigenen Wohnungsunternehmen stärker genutzt werden, um bezahlbaren Wohnraum dauerhaft zu erhalten. Auch soziale Härten müssen stärker berücksichtigt werden. Niemand darf seine Wohnung verlieren, weil er krank wird, behindert ist oder mit einem geringen Einkommen auskommen muss.

Bereich Barrierefreie Kommunikation und Information

9. Viele Menschen können schwierige Sprache nicht gut verstehen. Deshalb müssen wichtige Informationen auch in Leichter Sprache verfügbar sein. Das gilt zum Beispiel für die Website berlin.de und für Anträge. Bis wann sind alle wichtigen Informationen im Land Berlin auch in Leichter Sprache zu finden?

Wichtige Informationen des Landes Berlin müssen für alle Menschen verständlich sein. Dazu gehört auch, dass Menschen mit Behinderung oder Menschen mit Lernschwierigkeiten Zugang zu Informationen in Leichter Sprache haben. Wir wollen den Ausbau von Informationen in Leichter Sprache voranbringen. Besonders wichtige Bereiche wie Anträge, Leistungen und Informationen von Behörden müssen verständlich und barrierearm zugänglich sein. Dabei darf es nicht nur einzelne Angebote geben. Leichte Sprache muss im Alltag der Verwaltung stärker verankert werden. Die Berliner Verwaltung muss verbindliche Vorgaben bekommen und die Umsetzung regelmäßig überprüfen. Gleichzeitig braucht es Mitarbeitende, die für verständliche Kommunikation sensibilisiert und geschult werden.

10. Wie wird sichergestellt, dass trotz notwendiger Digitalisierung künftig analoge Angebote des Landes bestehen, falls Bürgerinnen und Bürger eine Digitalisierung nicht umsetzen können oder wollen?

Digitalisierung kann vieles einfacher machen, darf aber niemanden ausschließen. Nicht jeder Mensch kann digitale Angebote nutzen oder möchte Behördenkontakte ausschließlich online erledigen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass persönliche Ansprechpartner und analoge Wege erhalten bleiben. Wer einen Antrag stellen oder eine Leistung erhalten möchte, muss auch

weiterhin Unterstützung vor Ort bekommen können. Die Verwaltung muss moderner werden, aber die Menschen dürfen dabei nicht auf der Strecke bleiben. Digitale Angebote sollen eine zusätzliche Möglichkeit sein und keine Hürde darstellen. Gerade für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Menschen ohne ausreichende digitale Kenntnisse braucht es weiterhin verständliche Beratung und erreichbare Anlaufstellen.

Bereich Mobilität

11. Wie wird gewährleistet, dass Inklusionstaxen einfach und verlässlich zur Verfügung stehen statt nur am BER?

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Menschen mit Behinderung dürfen nicht darauf angewiesen sein, ob gerade zufällig ein passendes Angebot verfügbar ist. Wir setzen uns dafür ein, dass barrierefreie Mobilitätsangebote in ganz Berlin verlässlich funktionieren. Inklusionstaxen müssen dort verfügbar sein, wo Menschen sie im Alltag brauchen, nicht nur an einzelnen Orten wie dem BER. Dafür braucht es eine bessere Planung, ausreichend Fahrzeuge und klare Strukturen bei der Vermittlung. Angebote für Menschen mit Behinderung müssen einfach erreichbar und zuverlässig nutzbar sein.

12. Bis wann werden zumindest alle Hauptstraßen Berlins mit ihren Kreuzungen und Einmündungen überall barrierefreie Doppelquerungen haben?

Barrierefreie Wege sind eine Voraussetzung dafür, dass Menschen mit Behinderung selbstständig unterwegs sein können. Dazu gehören auch sichere Querungen von Straßen und Kreuzungen. Wir setzen uns dafür ein, dass Barrieren im öffentlichen Raum schneller abgebaut werden. Gerade an stark genutzten Straßen und wichtigen Übergängen muss Barrierefreiheit bei der Planung und Sanierung selbstverständlich sein. Die Umsetzung darf nicht nur von einzelnen Projekten abhängen. Berlin braucht einen verlässlichen Plan, nach dem besonders wichtige Straßen, Kreuzungen und Einmündungen Schritt für Schritt barrierefrei gestaltet werden. Dabei müssen die Bedürfnisse von Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen berücksichtigt werden, zum Beispiel von Menschen mit Rollstuhl, Rollator oder Sehbehinderung.

Bereich Bildung

13. Eltern dürfen wählen, dass ihr Kind eine Regelschule besucht. Aber oft klappt das nicht in der Praxis – weil passende Unterstützung und Personal fehlen. Was planen Sie, damit dieses Recht auch wirklich funktioniert?

Eltern und Kinder brauchen echte Wahlfreiheit. Nicht jedes Kind hat die gleichen Bedürfnisse, deshalb muss es unterschiedliche gute Angebote geben. Wir setzen uns dafür ein, dass sowohl Regelschulen als auch Förderzentren die notwendige Unterstützung erhalten. Inklusion darf nicht bedeuten, dass Kinder und Lehrkräfte mit fehlenden Fachkräften und unzureichender Ausstattung allein gelassen werden. Damit gemeinsames Lernen gelingen kann, brauchen Schulen mehr Personal, darunter Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Schulbegleitungen und weitere Fachkräfte. Gleichzeitig müssen Förderzentren erhalten bleiben, weil sie für viele Kinder und Familien eine wichtige Unterstützung und den passenden Lernort bieten. Entscheidend ist, was dem einzelnen Kind am besten hilft. Eltern müssen gemeinsam mit Fachleuten die Möglichkeit haben, die richtige Schulform und die passende Unterstützung zu wählen.

14. Manche Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen können nicht an Prüfungen teilnehmen. Zum Beispiel, weil Prüfungen nicht barrierefrei sind. Oder weil sie nicht in Gebärdensprache möglich sind. Oder weil manche Kinder anders unterrichtet werden als die

anderen – das nennt man zieldifferenten Unterricht. Diese Kinder dürfen dann gar nicht an Prüfungen teilnehmen und bekommen keinen Schulabschluss. Was planen Sie, damit alle Schülerinnen und Schüler die Chance auf einen Abschluss haben?

Junge Menschen mit Behinderung müssen die Möglichkeit haben, ihre Fähigkeiten zu zeigen und einen Schulabschluss zu erreichen. Es darf nicht an fehlender Barrierefreiheit oder mangelnder Unterstützung scheitern. Wir setzen uns dafür ein, dass Prüfungen und Unterricht besser an die unterschiedlichen Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern angepasst werden. Dazu gehören barrierefreie Prüfungsbedingungen, geeignete Unterstützung und die Möglichkeit, notwendige Hilfen wie Gebärdensprache zu nutzen. Gleichzeitig brauchen Schulen mehr Fachkräfte und bessere Rahmenbedingungen, damit individuelle Förderung im Alltag auch umgesetzt werden kann. Lehrerinnen und Lehrer dürfen mit diesen Aufgaben nicht allein gelassen werden. Auch Schülerinnen und Schüler mit zieldifferentem Unterricht müssen Perspektiven für ihren weiteren Weg erhalten. Bildung muss sich an den Fähigkeiten und Möglichkeiten der jungen Menschen orientieren und darf niemanden von vornherein ausschließen.